

Internationales Institut für liberale Politik Wien

SOZIALWISSENSCHAFTLICHE SCHRIFTENREIHE

Erich Reiter

Die Einstellung der Österreicher zu Fragen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik und zur EU

Bewertung der Ergebnisse einer IMAS-Umfrage
vom April 2007 und anderer Erhebungen

Inhalt

Die Österreicher sehen die EU eher ausgewogen	3
Exkurs: Sicherheitspolitik und Europa	17
Einstellung zu Neutralität und Sicherheitspolitik	22
Wehrpflicht und Sozialdienst	30
Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe: Reihe Studien – bisher erschienen	34



Internationales Institut
Liberale Politik Wien

Sektionschef Hon.-Prof. DDr. Erich Reiter, geb. 1944, war Sektionschef und Beauftragter für strategische Studien im Bundesministerium für Landesverteidigung. Der Experte für Fragen der internationalen Sicherheitspolitik ist Honorarprofessor für Internationale Wirtschafts- und Sozialbeziehungen an der Karl-Franzens-Universität Graz und Präsident des Internationalen Instituts für liberale Politik Wien (IILP).

Board internationaler Konsulenten

Univ.-Prof. Dr. Lothar Höbelt, Universität Wien

Dr. Gottlieb F. Hoepfli, Chefredaktor, St. Gallen

Dir. Andreas Kirschofer-Bozenhardt, Linz

Prof. Stefan Pickl, Universität der Bundeswehr München

Prof. Dr. Peter Schmidt, Stiftung Wissenschaft und Politik Berlin, Universität Mannheim

Dr. Urs Schöttli, Korrespondent, Tokio – Hongkong

Prof. Dr. Peter W. Schulze, Universität Göttingen

Prof. Dr. Andrei V. Zagorski, MGIMO, Moskauer staatliches Institut für internationale Beziehungen

Impressum

Eigentümer und Verleger: Internationales Institut für liberale Politik Wien

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Sektionschef Hon.Prof. DDr. Erich Reiter

Alle: 1010 Wien, Fleischmarkt 18/15

Wien, August 2007

Gesamtherstellung: Offsetdruck Ing. H. Kurz GmbH, 8665 Langenwang, Bahnhofstraße 3

ISBN 978-3-902595-05-8

Gefördert aus Mitteln der Republik Österreich
Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung

Die Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe wurde vom Institut für
politische Grundlagenforschung 1983 gegründet und 1988 eingestellt.
Sie wird seit 2006 vom Internationalen Institut für liberale Politik Wien weitergeführt.

Der wissenschaftsbezogene Bereich der Sicherheitspolitik ist in Österreich nur rudimentär vertreten. Er steht in einem engen Zusammenhang mit der Sichtweise der Europäischen Union. Eine vom Internationalen Institut für liberale Politik Wien (IILP) vorbereitete und von IMAS-International, Linz, durchgeführte repräsentative Umfrage zur Einstellung der Österreicher zu diesen Fragebereichen soll die sicherheits- und europapolitische Forschung etwas bereichern.

I. Die Österreicher sehen die EU eher ausgewogen

Eine im Auftrag des Internationalen Institutes für liberale Politik Wien (IILP) und von IMAS-International durchgeführte Repräsentativbefragung vom April 2007 hat u. a. die Einstellung der Österreicher zur EU erhoben.

Daten basierend auf der Repräsentativbefragung Nummer 4726 vom April 2007, durchgeführt von IMAS-International, Linz, im Auftrag des Internationalen Institutes für Liberale Politik Wien (IILP).

1042 Personen, die in ihrer Zusammensetzung den statistischen Proportionen der österreichischen Bevölkerung ab dem 16. Lebensjahr entsprechen, wurden von 101 Interviewern befragt.

1. Einstellung zur EU

Mit den beiden ersten Fragen wollten wir wissen, ob der Beitritt zur EU wichtig war und ob er Vor- oder Nachteile gebracht hat.

Frage: **Wie wichtig ist es Ihrer Meinung nach, dass wir Mitglied der Europäischen Union, also der EU, geworden sind? Würden Sie sagen, das war – sehr wichtig – ziemlich wichtig – nicht besonders wichtig – gar nicht wichtig – unentschieden, kein Urteil?**

sehr wichtig	14 %	}	44 %
ziemlich wichtig	30 %		
nicht besonders wichtig	26 %	}	44 %
gar nicht wichtig	18 %		
unentschieden, kein Urteil	12 %		

April 2007

Für jeweils 44 % der Österreicher ist die Mitgliedschaft in der EU sowohl sehr oder ziemlich wichtig als auch nicht besonders oder gar nicht wichtig. Dabei ist der Bildungshintergrund auffällig:

Für Personen mit Volks- oder Hauptschulabschluss ist die Mitgliedschaft nur zu 32 % sehr oder ziemlich wichtig, zu 54 % nicht besonders oder gar nicht wichtig. Bei Personen mit Matura oder Universitätsabschluss sind diese Prozentsätze mit 66 % zu nur 25 % nahezu umgekehrt verteilt.

Je höher der Bildungsgrad, desto größer ist die Zustimmung zur EU; umgekehrt ist die EU-Skepsis umso größer, je niedriger der Bildungsgrad ist. Dieses Ergebnis stärkt die Mutmaßung, dass die Skepsis gegenüber der EU – zumindest teilweise – auf mangelhaftem Wissen über die EU beruht und auch darauf, dass das Verfolgen der die EU betreffenden politischen Vorgänge und des politischen Geschehens in der EU selbst sehr schwierig ist.

Die geringste Zustimmung findet die EU bei Landwirten (31 %) und einfachen Arbeitern (33 %), die höchste bei Selbstständigen und Freiberuflern (61 %) sowie bei leitenden Angestellten und Beamten (58 %).

Dass die EU bei Landwirten die geringste Akzeptanz findet (31 % sehr oder ziemlich wichtig, 49 % nicht besonders oder gar nicht wichtig, 21 % unentschieden oder kein Urteil), überrascht nicht, obwohl gerade Landwirte große Nutznießer der EU-Geldmittel sind. Hier manifestieren sich Abschottungswünsche und das Gefühl, gegen die EU weniger geschützte Bereiche erhalten zu können bzw. weniger einflussreich zu sein als im nationalen Bereich.

Regional gesehen hat die EU-Mitgliedschaft im Westen (Vorarlberg, Tirol und Salzburg) die höchste Akzeptanz (53 : 40 %), gefolgt von Wien (49 : 38 %). Eindeutig negativ besetzt ist die EU-Mitgliedschaft in Oberösterreich (30 : 57 %).

Parteilpolitisch findet die EU am meisten Zustimmung bei den Anhängern der Grünen (73 %) und der ÖVP (60 %). Bei den SPÖ-Anhängern sind es nur 43 %, bei FPÖ/BZÖ-Anhängern gar nur 27 %.

Frage: Was meinen Sie: Hat der Beitritt Österreichs zur Europäischen Union unserem Land eher Vorteile oder eher Nachteile gebracht?	
eher Vorteile	36 %
eher Nachteile	37 %
weder/noch, weiß nicht	27 %
April 2007	

Ähnlich gespalten sind die Österreicher bei der Frage, ob der EU-Beitritt dem Land eher Vorteile oder eher Nachteile gebracht hat. 36 % sehen eher Vorteile, 37 % eher Nachteile, 27 % sind unentschlossen.

In Salzburg, Tirol und Vorarlberg (als Ländergruppe) sehen 48 % eher Vorteile und nur 30 % eher Nachteile. In Oberösterreich hingegen sehen doppelt so viele Menschen eher Nachteile als Vorteile durch die EU-Mitgliedschaft.

Ähnlich wie bei der Frage der Wichtigkeit der EU-Mitgliedschaft Österreichs werden mit steigendem Bildungsgrad mehr Vorteile als Nachteile gesehen. Volks- und Hauptschulabsolventen sehen eher Nachteile (39 %) als Vorteile (30 %); bei Maturanten und Universitätsabsolventen hingegen sehen nur 23 % Nachteile, aber 56 % Vorteile.

Die Anhänger der Grünen sehen Vorteile und Nachteile im Verhältnis 68 : 16 %; bei FPÖ/BZÖ-Anhängern verhält sich das mit 28 : 55 % nahezu umgekehrt.

	Einstellung zur EU nach Parteipräferenzen			
	EU-Mitgliedschaft ist		Der Beitritt zur EU hat unserem Land	
	sehr oder ziemlich wichtig	nicht besonders oder gar nicht wichtig	eher Vorteile gebracht	eher Nachteile gebracht
	%	%	%	%
SPÖ-Anhänger	43	: 46	33	: 31
ÖVP-Anhänger	60	: 34	50	: 27
Anhänger der Grünen	73	: 19	68	: 16
FPÖ/BZÖ-Anhänger	27	: 66	28	: 55

April 2007

2. Austritt aus der EU?

Jene 37 % der Österreicher, die meinen, dass der Beitritt zur EU eher Nachteile gebracht hat, wurden gefragt, ob Österreich weiterhin in der EU bleiben oder austreten soll.

Frage: Was halten Sie grundsätzlich für sinnvoller: Wenn Österreich weiterhin Mitglied der Europäischen Union bleibt und versucht, die Dinge dort zu verbessern, oder wenn wir aus der EU wieder austreten und versuchen, uns als selbstständiges Land zu behaupten?	
Weiterhin EU-Mitglied bleiben	13 %
Aus EU wieder austreten	67 %
Unentschieden	20 %

April 2007

13 % waren für den weiteren Verbleib, 67 % für den Austritt und 20 % unentschieden. Die 67 % für den Austritt sind total immerhin 24,8 %. Fast ein Viertel der Österreicher hält also einen Austritt aus der EU sinnvoll und meint, dass es besser sei, sich alleine in der Welt zu behaupten.

Auch 47 % der Maturanten und Universitätsabsolventen, die in der EU-Mitgliedschaft eher Nachteile sehen, waren für den Austritt; insgesamt befürworteten demnach 10,8 % dieser Personengruppe den Austritt, während z. B. 33,1 % der einfachen Arbeiter Austrittsbefürworter sind.

Nach Parteipräferenzen sind für den Austritt aus der EU (total):

SPÖ-Anhänger	23,3 %
ÖVP-Anhänger	15,7 %
Anhänger der Grünen	13,6 %
FPÖ/BZÖ-Anhänger	48,9 %

April 2007

Die einzelnen Fragen zu 1. und 2.

Frage: Wie wichtig ist es Ihrer Meinung nach, dass wir Mitglied der Europäischen Union, also der EU, geworden sind? Würden Sie sagen, das war					
	sehr wichtig	ziemlich wichtig	nicht besonders wichtig	gar nicht kein Urteil	unent- schieden,
	%	%	%	%	%
ab 16 Jahre insgesamt	14	30	26	18	12
Männer	14	31	25	17	13
Frauen 13	29	27	20	11	
16–29-jährige	16	29	25	15	15
30–49-jährige	14	34	24	17	1
50 Jahre und älter	12	27	29	20	12
Volks-, Hauptschule	9	23	30	24	14
weiterf. Schule ohne Matura	12	28	27	21	13
Matura, Universität	23	43	20	5	9
einfache Arbeiter	7	26	31	25	11
Facharbeiter	11	26	23	26	14
einfache Angest./Beamte	15	28	28	15	14
leitende Angest./Beamte	19	39	23	12	7
selbst./freie Berufe*)	19	42	15	16	7
Landwirte*)	11	20	42	7	21
Land (bis 5000 EW)	13	27	27	17	17
kleine/mittlere Städte	14	23	27	28	8
Landeshauptstadt	21	40	21	11	6
Wien	10	39	27	11	12
Niederöst., Burgenland	20	17	25	21	17
Steiermark, Kärnten	16	31	24	19	10
Oberösterreich	9	21	28	29	14
Salzbg., Tirol, Vorarlberg	10	43	28	12	7
SPÖ-Anhänger	12	31	27	19	11
ÖVP-Anhänger	18	42	25	9	6
FPÖ/BZÖ-Anhänger*)	8	19	34	32	6
Anhänger der Grünen*)	25	48	15	4	9
unentschieden/unklar	12	25	26	20	17

April 2007
 *) Richtwerte, da die Zahl der Befragten unter 80 liegt.

Frage: **Was meinen Sie: Hat der Beitritt Österreichs zur Europäischen Union unserem Land eher Vorteile oder eher Nachteile gebracht?**

	eher Vorteile %	eher Nachteile %	weder/noch, weiß nicht %
ab 16 Jahre insgesamt	36	37	27
Männer	39	35	6
Frauen	34	38	28
16–29-jährige	37	34	28
30–49-jährige	43	33	25
50 Jahre und älter	30	41	29
Volks-, Hauptschule	30	39	31
weiterf. Schule ohne Matura	31	42	27
Matura, Universität	56	23	22
einfache Arbeiter	31	43	26
Facharbeiter	29	46	25
einfache Angest./Beamte	35	32	33
leitende Angest./Beamte	45	31	24
selbst./freie Berufe*)	53	30	17
Landwirte*)	35	42	23
Land (bis 5000 EW)	32	37	31
kleine/mittlere Städte	35	45	20
Landeshauptstadt	50	28	22
Wien	40	30	30
Niederöst., Burgenland	29	41	30
Steiermark, Kärnten	41	38	21
Oberösterreich	22	44	34
Salzbg., Tirol, Vorarlberg	48	30	21
SPÖ-Anhänger	33	31	35
ÖVP-Anhänger	50	27	24
FPÖ/BZÖ-Anhänger*)	28	55	16
Anhänger der Grünen*)	68	16	16
unentschieden/unklar	30	42	27

April 2007

*) Richtwerte, da die Zahl der Befragten unter 80 liegt.

Frage: Was halten Sie grundsätzlich für sinnvoller: Wenn Österreich weiterhin Mitglied der Europäischen Union bleibt und versucht, die Dinge dort zu verbessern, oder wenn wir aus der EU wieder austreten und versuchen, uns als selbstständiges Land zu behaupten?

	weiterhin EU- Mitglied bleiben %	aus EU wieder austreten %	unent- schieden %
ab 16 Jahre insgesamt	13	67	20
Männer	14	66	20
Frauen	12	68	20
16–29-jährige	15	57	27
30–49-jährige	12	72	16
50 Jahre und älter	12	67	21
Volks-, Hauptschule	8	73	19
weiterf. Schule ohne Matura	11	68	20
Matura, Universität	30	47	23
einfache Arbeiter	5	77	18
Facharbeiter	11	75	14
einfache Angest./Beamte	18	58	24
leitende Angest./Beamte	19	60	22
selbst./freie Berufe*)	14	77	10
Landwirte*)	7	51	43
Land (bis 5000 EW)	20	58	21
kleine/mittlere Städte	6	81	13
Landeshauptstadt	16	55	29
Wien	6	67	27
Niederöst., Burgenland	10	71	19
Steiermark, Kärnten	28	45	26
Oberösterreich	1	87	12
Salzbg., Tirol, Vorarlberg	19	64	17
SPÖ-Anhänger	9	75	16
ÖVP-Anhänger	24	58	19
FPÖ/BZÖ-Anhänger*)	10	78	11
Anhänger der Grünen*)	15	85	--
unentschieden/unklar	13	63	25

April 2007

*) Richtwerte, da die Zahl der Befragten unter 80 liegt.

3. Eine politische EU?

Der Aussage, dass sich die EU nur auf wirtschaftliche Zusammenarbeit beschränken soll, stimmen 43 % zu, wogegen 31 % meinen, dass die EU auch politisch zusammenwachsen soll; 26 % sind dazu unentschieden. Ein ausgewogenes Verhältnis ergibt sich hier nur bei Personen mit Matura oder Universitätsabschluss (42 : 41 %) und bei den unter 30-jährigen (33 : 34 %).

Frage: Hier unterhalten sich zwei über ein grundsätzliches Problem der EU. Welchem von beiden würden Sie eher zustimmen: dem Oberen, oder dem Unteren (Vorlage eines Bildblattes)? (Dem Oberen heißt nur auf wirtschaftliche Zusammenarbeit beschränken, dem Unteren heißt auch politisch zusammenwachsen.)			
	dem Oberen (nur wirtschaftlich) %	dem Unteren (auch politisch) %	unentschieden %
ab 16 Jahre insgesamt	43	31	26
Männer	42	34	24
Frauen	44	28	28
16-29-jährige	33	34	33
30-49-jährige	44	33	23
50 J. u. ältere	46	27	26
Volks-, Hauptschule	38	26	36
weiterf. Schule ohne Matura	47	30	24
Matura, Universität	42	41	17
einfache Arbeiter	43	25	32
Facharbeiter	47	25	29
einfache Angest./Beamte	37	35	28
leitende Angest./Beamte	47	37	16
selbst./freie Berufe*)	41	35	23
Landwirte*)	57	25	18
Land (bis 5000 EW)	40	29	32
kleine/mittlere Städte	44	31	25
Landeshauptstadt	34	45	21
Wien	52	29	19
Niederöst., Burgenland	39	20	41
Steiermark, Kärnten	48	39	13
Oberösterreich	43	27	30
Salzbg., Tirol, Vorarlberg	31	41	28
SPÖ-Anhänger	44	26	30
ÖVP-Anhänger	47	40	14
FPÖ/BZÖ-Anhänger*)	54	31	15
Anhänger der Grünen*)	44	45	11
unentschieden/unklar	39	29	32

April 2007
 *) Richtwerte, da die Zahl der Befragten unter 80 liegt.

Keine Überraschung ist es, dass von den Parteisympathisanten die Grünen am ehesten auch ein politisches Europa wollen (45 %) und nicht nur ein wirtschaftliches. In allen anderen Parteien dominiert die Beschränkung auf eine Wirtschaftsunion.

Die einzelnen Ergebnisse bringen aber interessante Details. So sind z. B. 48,9 % der FPÖ/BZÖ-Anhänger für den Austritt aus der EU, aber 31 % wollen eine auch politische EU, obwohl nur 27 % den EU-Beitritt als wichtig einstufen und nur 28 % durch den Beitritt Vorteile sehen. Es muss also auch andere Motivationen bzw. Gründe geben, um für ein politisches Europa einzutreten. Unter den ÖVP-Anhängern wird der Beitritt von 60 % als wichtig eingestuft, 50 % meinen, dass er eher Vorteile gebracht hat und nur 16,7 % sind für den Austritt; aber „nur“ 40 % wollen ein politisches Europa, was im Vergleich zu den FPÖ/BZÖ-Anhängern gering erscheint. Ebenso bei den Grünen: 73 % halten den Beitritt für wichtig, 68 % sehen darin eher Vorteile und nur 13,6 % wollen den Austritt; dennoch sind „nur“ 45 % für ein politisches Europa. Bei der SPÖ erscheint das etwas ausgewogener, da 43 % den Beitritt als wichtig und 33 % als vorteilhaft einstufen, 23,3 % für Austritt sind und 26 % das politische Europa für erstrebenswert halten.

Diese Zahlen lassen es – ebenso wie später noch vorzulegende Analysen – fraglich erscheinen, ob die Österreicher die EU mit logisch oder auch nur pragmatisch beurteilen.

4. Männer und Junge sehen die EU positiver

In allen Fragen zeigen Männer eine etwas positivere Einstellung zur EU als Frauen. Die Differenz beträgt 2 bis 6 %. Am größten ist der Unterschied bei der Frage, ob die EU auch politisch zusammenwachsen soll: Dazu sagen nur 28 % der Frauen, aber doch 34 % der Männer „ja“.

Die Gruppe der 16–29-jährigen hat in allen Fragen eine (mit 3 bis 7 %) erkennbar bessere Einstellung zur EU als die über 50-jährigen. Die 30–49-jährigen reagieren noch positiver zur EU und haben die höchste Zustimmung dazu, dass der EU-Beitritt wichtig war und eher Vorteile gebracht hat. Würde man nur die unter 50-jährigen zählen, so hätte man bei den Fragen, ob der Beitritt eher Vorteile gebracht hat und wichtig war, jeweils klare Mehrheiten pro EU. Das lässt den Schluss zu, dass ältere Personen die EU noch schwerer verstehen bzw. noch weniger informiert sind als die Jüngeren.

Unsere Umfrage vom April 2007 deckt sich insofern nicht mit einer Eurobarometer-Umfrage von April und Mai 2007, wonach die Zustimmung zur EU von jüngeren zu älteren Menschen kontinuierlich abnimmt; bei unserer Umfrage haben die 30–40-jährigen die positivste Einstellung zur EU. Auch bei der Beurteilung, ob die EU-Mitgliedschaft Vorteile gebracht hat, weichen die Ergebnisse ab (dort 44 %, bei uns 36 % – allerdings waren die Fragen nicht ident). Hinsichtlich der stärkeren EU-Präferenz bei den Männern stimmen die beiden Untersuchungen aber überein.

5. Die Forderungen an die EU

Weitere Fragen wurden zum Image der EU sowie zu den Forderungen der Österreicher an die EU gestellt. In den Augen der Österreicher werden die großen Länder wie Frankreich, Deutschland und England bestimmen, was in der EU geschieht, und die kleinen werden wenig zu sagen haben. Ähnlich verbreitet ist die Überzeugung, der Wohlstand werde in der EU auf lange Sicht hinaus unterschiedlich groß sein.

Weitreichendes Einvernehmen besteht auch darüber, dass es ein Fehler war, die osteuropäischen Länder in die EU aufzunehmen und dass die Europäer zu unterschiedlich sind, um zusammenwachsen zu können. Äußerst schwach ist ansonsten die Erwartung, die Europäische Union könne den USA in Zukunft den Rang ablaufen.

Frage: Was halten Sie von diesen Forderungen? Bitte nennen Sie wieder die entsprechenden Nummern. (Vorlage einer Liste)	Zustimmung Bevölkerung insgesamt %
Es sollte verstärkte Kontrollen geben, um den Missbrauch von EU-Geldern zu verhindern.	68
Es muss verhindert werden, dass die Türkei Mitglied der EU wird.	53
Die EU sollte Schutzzölle gegen Billigprodukte aus Asien einführen, die durch die Ausbeutung von Sklavenarbeitern oder Kindern entstanden sind.	49
Über besonders wichtige EU-Probleme sollten in allen Ländern Volksabstimmungen abgehalten werden.	48
Die EU muss so bald als möglich eine einheitliche Außen- und Sicherheitspolitik betreiben.	37
Innerhalb der EU sollte ein „Kerneuropa“ von westlichen Industrieländern gebildet werden, dem auch Österreich angehört.	20
April 2007	

Trotz der überwiegend sehr skeptischen Einschätzung glauben die Österreicher nicht an ein eventuelles Auseinanderbrechen der EU und an das Aufkommen von schwereren Spannungen oder sogar Konflikten zwischen den Partnerländern.

Einige Trendveränderungen scheinen im Übrigen zu bestätigen, dass die Bevölkerung 2007 eine freundlichere Haltung zur EU einnimmt als relativ kurz davor. Deutlich häufiger wird beispielsweise die Meinung vertreten, die EU werde den Mitgliedsländern trotz aller Anfangsschwierigkeiten letztlich mehr Vorteile als Nachteile bringen. Ebenfalls verstärkt – wenngleich auf niedrigem Prozentniveau – hat sich der Eindruck, in der EU werde es zu immer freundschaftlicheren Beziehungen kommen. Eine größere Zahl von Österreichern als zuletzt vermuten im Übrigen, die Europäer würden sich immer mehr vermischen und einander dadurch besser verstehen.

Merkwürdig selten wird die EU von den Österreichern als ein militärisches Sicherheitsversprechen empfunden: Nur jeder vierte Erwachsene teilt die Auffassung, dass sich Österreich in der Europäischen Union sicher fühlen könne und dass die EU ganz allgemein eine große Friedensorganisation sei, ohne die es in Europa neue Kriege geben würde.

Die Österreicher haben gegenüber der EU weder eine euphorische noch eine feindliche Einstellung, aber eine sehr schlechte Realitätswahrnehmung: So sehen beispielsweise nur 25 % die EU als europäische Friedensorganisation, und nur 37 % wollen eine einheitliche Außen- und Sicherheitspolitik der EU.

6. Conclusio:

Die Österreicher sind vor dreizehn Jahren mit großem Optimismus in die Europäische Union eingetreten. Einen Tag nach dem Votum im Juni 1994 erklärten in einer IMAS-Umfrage 59 %, dass sie dem Beitritt mit Zuversicht entgegenblicken. Es folgten Jahre der Ernüchterung mit dem Tiefpunkt bei den Anfang 2000 verhängten Sanktionen. In der damals erlittenen Demütigung liegt sicherlich eine wesentliche Erklärung dafür, dass in der Zeit danach hierzulande eine äußerst EU-kritische Haltung aufkam. Die stärksten Distanzgefühle wurden von IMAS-International in den Jahren 2005 und 2006 registriert, als jeweils mehr als die Hälfte der Bevölkerung von einem Überwiegen der Nachteile des EU-Beitritts überzeugt war. Angesichts des jahrelangen „Kreuzzuges“ der auflagenstarken Kronen-Zeitung gegen die EU, in dem ein Zerrbild der EU durch eine irreführende Berichterstattung und emotionale Verunglimpfungen sowie insbesondere durch Verdrehung und Verkehrung der Tatsachen gezeichnet wurde, darf das auch nicht verwundern.

Der Tiefpunkt der Abneigung scheint nach den Ergebnissen der vorliegenden Untersuchung durchschritten zu sein. Derzeit wiegen die subjektiv empfundenen Vor- und Nachteile mit 36 : 37 % einander ungefähr auf.

Überdurchschnittlich überzeugt vom Überhang der Nachteile sind vor allem ältere Personen sowie Leute mit einfacherem Zuschnitt: Arbeiter, Landwirte sowie Erwachsene mit geringer oder mittlerer Bildung. Gelobt werden die Vorteile der EU-Mitgliedschaft vor allem von Maturanten und Akademikern, selbstständigen Wirtschaftstreibenden, leitenden Angestellten/Beamten, Westösterreichern und Wienern.

Nach parteipolitischer Präferenz sind es hauptsächlich die Grünen und die Anhänger der ÖVP, die in der EU-Mitgliedschaft Vorteile entdecken. Die Sozialdemokraten verhalten sich zu dem Problem ziemlich indifferent, unter den Freiheitlichen überwiegt (mit 28 : 55 %) eindeutig der Tadel der EU.

Bei den Österreichern, die an ein Übergewicht der Nachteile der EU-Mitgliedschaft glauben, scheint sich übrigens ein sehr massives Unbehagen an der Europäischen Union aufgestaut zu haben. Wie aus dem Ergebnis einer einschlägigen Nachfrage hervorgeht, würden aus diesem Kreis nämlich zwei Drittel am liebsten wieder aus dem Bündnis austreten. Bezogen auf die Grundgesamtheit bedeutet dies, dass rund 25 % der Österreicher einen Austritt des Landes aus der EU befürworten würden. Die übrigen drei Viertel der Bevölkerung würden einem solchen Schritt nicht ausdrücklich zustimmen.

Was die Österreicher an der EU grundsätzlich sehr stört, ist der Eindruck von Prädominanz, aber auch von Korruption. Jedenfalls ist es ein höchst bemerkenswerter Sachverhalt, dass die mit Abstand wichtigste Forderung der Österreicher an die Europäische Union in verstärkten Kontrollen zur Verhinderung des Missbrauchs von Geldern besteht. Sehr große Anliegen sind unserer Bevölkerung auch, eine Mitgliedschaft der Türkei zu verhindern, Schutzzölle gegen Billigprodukte aus Asien einzuführen, die durch die Ausbeutung von Sklavenarbeitern und Kindern entstanden sind, sowie bei besonders wichtigen EU-Problemen Volksabstimmungen abzuhalten.

In einer eher mäßigen Zahl von 37 % wird die möglichst baldige Errichtung einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik verlangt; am wenigsten drängt man auf die Schaffung eines „Kerneuropas“ innerhalb der EU, dem auch Österreich angehört.

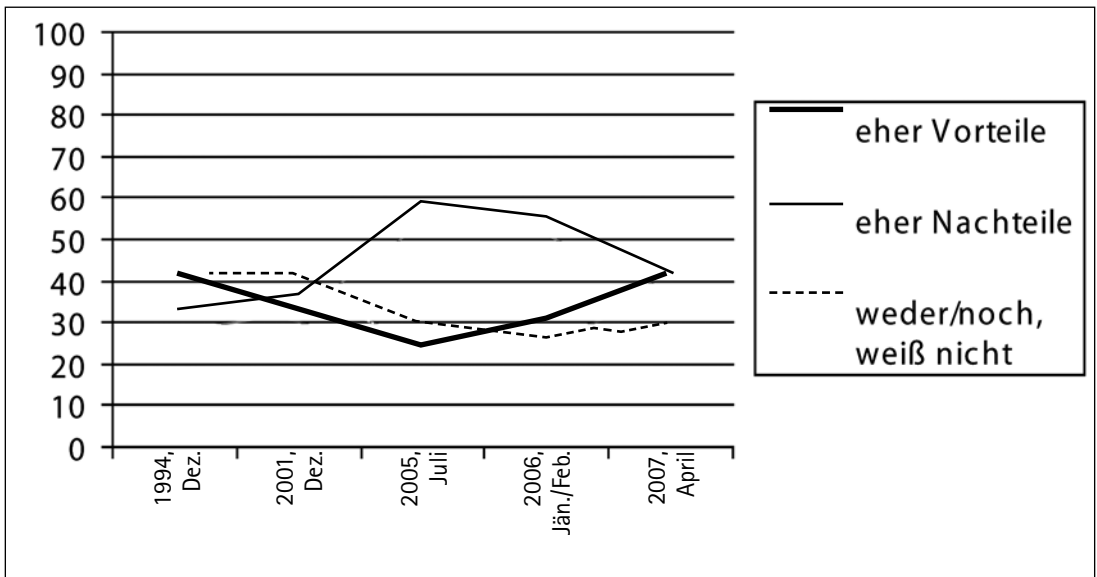
7. Trends in den Einstellungen der Österreicher zur EU

Aus vergleichbaren Fragen früherer Umfragen von IMAS-International können einzelne Trends abgeleitet werden.

7.1. Der Trend: Hat die EU Vorteile gebracht?

Frage: **Was meinen Sie: Hat der Beitritt Österreichs zur Europäischen Union unserem Land eher Vorteile oder eher Nachteile gebracht?**

	eher Vorteile %	eher Nachteile %	weder/noch, weiß nicht %
1994, Dezember	36	28	36
2001, Dezember	30	32	38
2005, Juli	21	54	25
2006, Jänner/Februar	26	51	23
2007, April	36	37	25



In großer Ähnlichkeit mit dem Stimmungsbild im Jänner 2004 vertreten die Österreicher mehrheitlich die Auffassung, die EU solle sich auf die wirtschaftliche Zusammenarbeit beschränken. Ein politischer Zusammenschluss mit gemeinsamer Außen- und Verteidigungspolitik und vielen einheitlichen Bestimmungen sei nicht gut. Nur ein Drittel der Bevölkerung erklärt, es solle alles getan werden, damit Europa nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch zusammenwächst, möglichst einheitlich auftritt und möglichst einheitliche Bestimmungen hat.

Die Österreicher haben für einen lediglich wirtschaftlichen Zusammenschluss zwischenzeitlich in den besonders EU-kritischen beiden letzten Jahren stärker plädiert als heute.

7.2. Der Trend: wirtschaftlicher oder politischer Zusammenschluss?

Frage: Hier unterhalten sich zwei über ein grundsätzliches Problem der EU. Welchem von beiden würden Sie eher zustimmen: dem Oberen oder dem Unteren?				
	2004	2005	2006	2007
	Jänner	Juli	Jänner	April
	%	%	%	%
Der Obere: „Die EU sollte sich nur auf die wirtschaftliche Zusammenarbeit beschränken. Einen politischen Zusammenschluss mit gemeinsamer Außen- und Verteidigungspolitik sowie vielen einheitlichen Bestimmungen halte ich nicht für gut.“	44	52	50	43
Der Untere: „Ich finde, es sollte alles getan werden, damit Europa nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch zusammenwächst, dass es möglichst einheitlich auftritt und möglichst einheitliche Bestimmungen hat.“	33	31	28	31
Unentschieden, keine Meinung	23	17	22	26

7.3. Der Trend: das Urteil über die Europäische Union

Frage: Auf diesen Karten stehen verschiedene Ansichten zur Situation der EU. Bitte legen Sie alle Karten heraus, denen Sie voll und ganz zustimmen.	2004 Jänner %	2007 April %
Die großen Länder wie Frankreich, Deutschland und England werden bestimmen, was in der EU geschieht, die kleinen werden wenig zu sagen haben.	56	54
Der Wohlstand innerhalb der EU wird auf lange Zeit hinaus unterschiedlich groß sein.	53	53
Es war ein Fehler, auch die osteuropäischen Länder in die EU aufzunehmen.	38	48
Die Europäer sind zu unterschiedlich, um wirklich zusammenwachsen zu können.	41	42
Durch die EU haben sich unsere Exportchancen extrem erhöht.	x	39
Unsere junge Generation wird in der EU große berufliche Chancen vorfinden.	x	36
Innerhalb der großen Länder wird es einen ständigen Zwist um die Führungsrolle in der EU geben.	x	36
Die EU benötigt dringend eine Verfassung.	x	33
Trotz aller Anfangsschwierigkeiten wird die EU allen Mitgliedsländer mehr Vorteile als Nachteile bringen.	24	31
Die EU hat keine Chance, sich auf Dauer gegen die USA und die aufstrebende Wirtschaftsmächte China und Indien behaupten zu können.	x	31
In der EU wird es zu immer freundschaftlicheren Beziehungen zwischen den Nachbarländern kommen.	20	31
Die EU ist durch den Beitritt der osteuropäischen Staaten unregierbar geworden.	x	26
In der großen EU kann sich Österreich sicher fühlen.	x	25
Die EU ist eine große Friedensorganisation, ohne die es in Europa neue Kriege geben würde.	x	24
Die Europäer werden sich immer mehr vermischen und sich dadurch gegenseitig besser verstehen.	19	24
Die EU wird wieder auseinanderbrechen. Dann wird es zu schweren Spannungen, vielleicht sogar zu militärischen Konflikten zwischen den bisherigen Partnerländern kommen.	14	17
Die Europäische Union wird den USA in Zukunft den Rang ablaufen.	15	13

x ... im Jahr 2004 nicht ermittelt

II. Exkurs: Sicherheitspolitik und Europa

Die Einstellung der Österreicher zu Europa bzw. konkret zur sicherheitspolitischen Funktion der EU wurde in zwei Umfragen der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik, durchgeführt von der Sozialwissenschaftlichen Studiengesellschaft (SWS), erhoben.

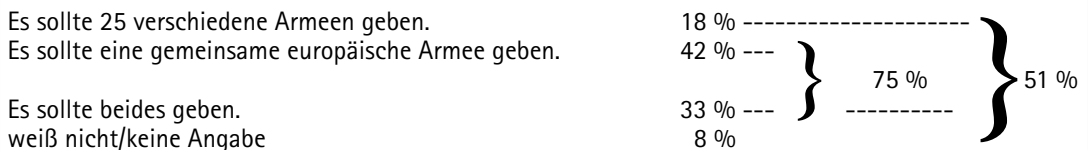
Daten basierend auf:
Telefonumfrage SWS im Jänner 2004, N = 993, Bevölkerung über 16 Jahre und
Telefonumfrage SWS im Oktober 2002, N = 1000, Bevölkerung über 16 Jahre.

Die Fragen betrafen eine gemeinsame europäische Armee, deren Funktion und eine allfällige Beteiligung Österreichs daran, eine europäische Beistandsverpflichtung und Anlassfälle für militärisches Eingreifen der Europäischen Union.

1. Ja zu einer Europaarmee

Die überwiegende Mehrheit der Österreicher trat 2004 für die Schaffung einer gemeinsamen europäischen Armee ein.

Frage: **Mit dem 1. Mai 2004 wird die Europäische Union 25 Mitgliedstaaten haben. Sollte es, Ihrer Meinung nach, in Zukunft innerhalb der Europäischen Union 25 verschiedene Armeen geben, sollte eine gemeinsame europäische Armee geschaffen werden oder sollte es beides geben?**



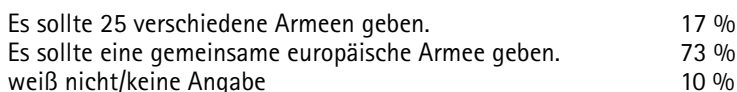
Jänner 2004, Differenz auf 100 % aufgrund gerundeter Werte

75 % der Österreicher traten also 2004 für eine europäische Armee ein; lediglich 18 % waren dagegen. Das war sogar mehr als die Antworten noch gleichzeitig nationalen und europäischen Streitkräften mit 51 %.

Überdurchschnittlich hohe Zustimmung im Vergleich zur Gesamtbevölkerung (42 %) erhielt die Idee einer europäischen Armee bei älteren Personen (47 %) und bei ÖVP-Anhängern (48 %). Die Frauen konnten sich mit 38 % Zustimmung dafür nicht so stark erwärmen wie die Männer mit 46 %.

Einer vergleichbare Frage vom Oktober 2002 brachte ähnliche Ergebnisse:

Frage: **In einigen Jahren wird die Europäische Union wahrscheinlich 25 Mitgliedstaaten haben. Sollte es dann, Ihrer Meinung nach, innerhalb der EU 25 verschiedene Armeen geben oder sollte eine gemeinsame europäische Armee geschaffen werden?**



Oktober 2002

Mehr als zwei Drittel der Österreicher (68 %) traten 2004 dafür ein, dass sich eine künftige europäische Armee darauf beschränken soll, einen Waffenstillstand zu sichern. Dass sie auch einen Waffenstillstand erzwingen soll, meinten lediglich 20 % der Befragten. Etwa ein Zehntel konnte zu dieser Frage keine Stellung beziehen.

Frage: Wenn es eine gemeinsame europäische Armee gibt, sollte sich diese auf Maßnahmen zur Sicherung des Waffenstillstandes beschränken, wie es etwa Österreich zwischen Israel und Syrien am Golan und in Zypern getan hat, oder auch einen Waffenstillstand erzwingen wie am Balkan oder in Afghanistan?

Nur Waffenstillstand sichern	68 %
Auch Waffenstillstand erzwingen	20 %
Weiß nicht/keine Angabe	11 %

Jänner 2004

Eine nähere Betrachtung des Ergebnisses zeigt, dass Männer mit 28 % in einem viel stärkeren Maße als Frauen mit 14 % auch in der Erzwingung eines Waffenstillstandes eine Aufgabe einer Europa-Armee sahen. Dass sich die europäische Armee auf die Sicherung eines Waffenstillstands beschränken soll, meinten 61 % der Männer und 74 % der Frauen.

Hinsichtlich der Altersstruktur der Befragten ist ein recht einheitliches Meinungsbild zu erkennen; einzig Befragte im Alter von 26 bis 35 Jahren sind mit 28 % überdurchschnittlich häufig auch für die Option der Herbeiführung eines Waffenstillstandes, Personen unter 25 Jahren treten mit 74 % am entschiedensten dafür ein, dass eine künftige Europa-Armee nur zur Sicherung eines Waffenstillstands eingesetzt werden soll.

Die Antworten auf eine vergleichbare Frage vom Oktober 2002 verweisen auf eine noch restriktivere Beurteilung der Aufgaben einer europäischen Armee.

Frage: Sollte sich eine europäische Armee auf Maßnahmen zur Friedenssicherung beschränken, wie es etwa Österreich am Golan und in Zypern getan hat, oder auch einen Frieden erzwingen wie am Balkan und in Afghanistan?

Nur Frieden bewahren	77 %
Auch Frieden erzwingen	17 %
Weiß nicht/keine Angabe	6 %

Oktober 2002

Bei der Umfrage im Oktober 2002 war auch gefragt worden, ob Österreich an einer gemeinsamen europäischen Armee teilnehmen sollte. Knapp zwei Drittel waren dafür.

Frage: **Nehmen wir an, es kommt zur Bildung einer gemeinsamen europäischen Armee. Sollte Österreich Ihrer Meinung nach daran teilnehmen?**

Ja	63 %
Nein	33 %
Weiß nicht/keine Angabe	4 %

Oktober 2002

Eine Beteiligung unsers Landes an einer Europa-Armee wurde quer durch alle Befragungsgruppen mehrheitlich begrüßt. Allgemein lässt sich feststellen, dass Männer diesem Gedanken positiver gegenüberstehen als Frauen und die Zustimmung mit niedrigerem Alter und höherem schulischen Ausbildungsgrad stark ansteigt.

So waren 67 % der Männer, aber nur 61 % der Frauen für ein Engagement unseres Landes in einer gemeinsamen europäischen Armee, 30 % der Männer und 35 % der Frauen sprachen sich dagegen aus.

Die Idee einer Europa-Armee mit österreichischer Beteiligung fand die Zustimmung von 73 % der Befragten unter 25 Jahre; mittlere Altersstufen (26 bis 65 Jahre) sind zu rund 64 % dieser Ansicht, Personen ab 66 jedoch nur mehr zu 51 %.

Nach parteipolitischen Präferenzen waren die Anhänger der ÖVP mit 80 % die vehementesten Befürworter einer österreichischen Mitwirkung in einer Europa-Armee. Sympathisanten von SPÖ und Grünen sprachen sich zu 64 % bzw. 63 % in einem etwas geringeren Maße für ein solches Engagement aus, FPÖ-Anhänger zu 57 %.

2. Zwiespältig zu einer Beistandspflicht

Den Antworten zur Rolle der Europa-Armee entspricht auch eine andere Frage der Umfrage aus 2004, wonach nur ein Fünftel der Österreicher für eine immerwährende militärische Beistandspflicht innerhalb der Europäischen Union war.

Frage: **Sollte es für die Mitgliedstaaten der Europäischen Union eine immerwährende militärische Beistandspflicht geben, oder sollte jeder Mitgliedstaat selbst von Fall zu Fall entscheiden, ob und auf welche Weise er einem angegriffenen Mitgliedstaat Unterstützung gewährt?**

Es sollte eine immerwährende Beistandspflicht geben.	20 %
Jeder Mitgliedstaat sollte selbst von Fall zu Fall entscheiden.	75 %
Weiß nicht/keine Angabe	5 %

Jänner 2004

Die Österreicher hielten also nicht sehr viel von einer militärischen Beistandspflicht innerhalb der Union. Genauer genommen hielten sie nicht viel davon, dass Österreich anderen Beistand gewährt, wogegen sich doch relativ viele erwarten, dass uns im Falle eines Falles Beistand geleistet wird. Immerhin ein Drittel der Österreicher glaubt das.

Frage: **Was meinen Sie? Wird die Europäische Union Österreich beistehen, wenn wir selbst nicht zu einem Beistand bereit sind?**

Ja	33 %
Nein	50 %
Weiß nicht/keine Angabe	17 %

Jänner 2004

3. Militärische Interventionen

Eine neue Dimension der Einstellung zur sicherheitspolitischen Funktion der EU erschloss die 2004 gestellte Frage, bei welchen Anlässen Mitgliedsländer der EU militärisch einschreiten sollen.

Frage: **Was meinen Sie? Wann sollen die Mitgliedstaaten der Europäischen Union mit Waffengewalt eingreifen?**

	Ja	Nein	Weiß nicht/ keine Antwort
Wenn ein Mitgliedstaat der EU bedroht wird	60 %	31 %	9 %
Wenn es darum geht, Rohstoffquellen und Transportwege für die Europäische Union abzusichern	50 %	41 %	9 %
Wenn es außerhalb der EU in Europa – wie im Fall des früheren Jugoslawien – zu Kriegshandlungen kommt	37 %	55 %	8 %
Wenn ein Staat Massenvernichtungswaffen entwickelt und produziert	36 %	54 %	10 %
Wenn es in anderen Erteilen zu Kriegshandlungen kommt	10 %	83 %	7 %

Jänner 2004

Im Vergleich mit früheren Fragen (etwa nach Beistandspflicht oder Aufgaben einer Europa-Armee) müssen diese Antworten etwas überraschen. Selbstverteidigung im Rahmen des europäischen Kollektivs und Sicherung der wirtschaftlichen Existenz der Union mit militärischen Mitteln wurden von der Mehrheit doch bejaht. Einer global wirksamen EU wird aber eine Absage erteilt, und auch ein (humanitär orientiertes) Eingreifen in Szenarien wie die Kriege beim Zerfall Jugoslawiens findet keine Mehrheit.

4. Resümee

Die hier in den Jahren 2002 und 2004 beantworteten Fragen nach einer Europa-Armee und ihren Aufgaben können im Zusammenhang mit der 2007 gestellten Frage nach der Abschaffung der Wehrpflicht (44 % sind für ein Freiwilligenheer, 35 % dagegen; siehe IV.) gesehen werden. Militärische Aufgaben finden als allgemeine Verpflichtung weniger Akzeptanz. Sie werden gleichsam delegiert, sowohl an Berufssoldaten als auch auf die europäische Ebene. Die Österreicher sind bei dieser Delegation aber ebenfalls maßvoll bzw. rücksichtsvoll: Auch eine europäische Armee wollen sie nicht in ernste militärische Auseinandersetzungen wie am Balkan oder in Afghanistan schicken, sondern eher nur in relativ gefahrloses Peace-keeping.

Warum man eine Europaarmee – was ja vom Begriff her auch auf eine gemeinsame Verteidigung Europas hinweisen muss – und gleichzeitig keine Beistandspflicht in der EU will, ist rational schwer zu erklären. Es könnte sich um eine Scheu der neutralitätsverliebten Österreicher vor eigenen Verpflichtungen handeln. Grundsätzlich sprechen sich 60 gegen 31 % aber doch dafür aus, den anderen im Bedrohungsfall militärischen Beistand zu leisten. Auch meinte eine Mehrheit von 50 gegen 41 %, dass die Sicherung von Rohstoffquellen und Transportwegen, also die Verteidigung vitaler Interessen ein militärischer Anlassfall wäre. Ein geschlossenes Bild ergibt das alles nicht, aber es zeigt eine Tendenz, jener EU, der man sicherheitspolitisch eigentlich wenig zutraut (siehe I.), zunehmend mehr solche Aufgaben übertragen zu wollen.

III: Einstellung zu Neutralität und Sicherheitspolitik

Die im Auftrag des Internationalen Institutes für liberale Politik Wien (IILP) und von IMAS-International durchgeführte Repräsentativbefragung vom April 2007 hat neben der Einstellung der Österreicher zur EU auch die Meinung der Österreicher zur Neutralität und zu Fragen der Sicherheitspolitik erhoben.

Daten basierend auf der Repräsentativbefragung Nummer 4726 vom April 2007, durchgeführt von IMAS-International, Linz, im Auftrag des Internationalen Institutes für Liberale Politik Wien (IILP).

1042 Personen, die in ihrer Zusammensetzung den statistischen Proportionen der österreichischen Bevölkerung ab dem 16. Lebensjahr entsprechen, wurden von 101 Interviewern befragt.

1. Neutralität nach wie vor befürwortet

Die Österreicher setzen nach wie vor auf die Neutralität. Auf die Frage, ob Österreich auch nach dem EU-Beitritt die Neutralität beibehalten soll, antworteten 68 % mit „ja“. Nur 17 % halten die Neutralität nicht mehr für sinnvoll, 16 % waren unentschieden.

Frage: **Es wird öfter darüber diskutiert, ob unsere Neutralität angesichts der veränderten Situation in Europa noch sinnvoll ist. Was meinen Sie: Soll Österreich die Neutralität auch nach dem Beitritt zur EU noch beibehalten, oder ist die Neutralität jetzt nicht mehr sinnvoll?**

Neutralität beibehalten	68 %
nicht mehr sinnvoll	17 %
unentschieden	16 %

April 2007

Das Verhältnis für und gegen die Neutralität ist also genau 4 : 1 (68 : 17 %). Die Befürwortung der Neutralität ist bei den Jahrgängen der über 50-jährigen mit 72 % höher als bei den unter 30-jährigen mit 63 %. Regional gesehen ist die Befürwortung in Wien am geringsten (54 : 29 %). Parteipolitisch gesehen haben FPÖ-Anhänger und Grüne mit je 24 % die höchsten Anteile an Neutralitätsgegnern, die Grünen allerdings mit 71 % auch die größte Zahl an Befürwortern.

Einstellung zur Neutralität nach Parteipräferenzen

Pro Neutralität : Gegen Neutralität : Unentschieden

SPÖ	71 : 12 : 17 %
ÖVP	69 : 20 : 11 %
FPÖ/BZÖ	63 : 24 : 13 %
Grüne	71 : 24 : 5 %

April 2007

Befürwortung der Neutralität bestimmte auch die Antworten auf eine andere Frage: Für den Fall, dass es wieder zu einer großen militärischen Krise zwischen den Weltmächten kommt, meinten ebenfalls 68 gegen 11 % (bei 21 % Unentschiedenen), dass die Neutralität dann für Österreichs Sicherheit besser sei als die Mitgliedschaft in der NATO. Auch hier weicht Wien stark vom Schnitt ab: Dort erwarten sich besseren Schutz immerhin 24 % von der NATO (56 % von der Neutralität bei 20 % Unentschiedenen). Parteipolitisch präferieren die FPÖ/BZÖ-Anhänger mit 65 % die Neutralität etwas schwächer und die NATO mit 21 % deutlich stärker als Anhänger anderer Parteien (bei 14 % Unentschiedenen).

Frage: Angenommen, es kommt wieder zu einer großen militärischen Krise zwischen den Weltmächten. Was ist da grundsätzlich besser für die Sicherheit Österreichs: Eine Mitgliedschaft in der NATO, oder die Neutralität?

Mitgliedschaft in der NATO	11 %
Neutralität	68 %
unentschieden, kein Urteil	21 %

April 2007

Obleich die Österreicher die Wahrscheinlichkeit einer großen militärischen Krise als äußerst gering taxieren, halten sie starrsinnig an der Neutralität fest. Fast sieben von zehn Befragten erklärten im Interview, die Neutralität sei auch nach dem Beitritt zur EU noch sinnvoll; nur jeder sechste Erwachsene ist gegenteiliger Auffassung. Die mehrheitlich vertretene Auffassung weicht innerhalb der Bevölkerung nur wenig von den Durchschnittswerten ab. Auffallend ist, dass auch die Anhänger verschiedener Parteien hier weitgehend übereinstimmen. Der Mythos der sicherheitsspendenden Neutralität behält für die Österreicher auch dann seinen irrationalen Zauber, wenn es wider Erwarten zu einer großen militärischen Krise zwischen den Weltmächten kommen sollte. Für diesen Fall wäre Österreich nach Überzeugung von ebenfalls 68 % der Bewohner am sichersten als neutraler Staat. Lediglich 11 % hielten eine Mitgliedschaft in der NATO für den besten Schutz.

2. Militärische Krisen in Europa

Nur 27 % der Österreicher glauben, dass eine große militärische Krise in Europa in Zukunft möglich ist; 50 % glauben das nicht und 23 % sind dazu unentschieden. Insbesondere die Jüngeren (unter 30 Jahren) glauben nicht an militärische Gefahren (19 : 55 %), wogegen sich die über 80-jährigen mit 31 : 45 % dabei nicht so ganz sicher sind. Signifikant vom Trend weichen die FPÖ/BZÖ-Anhänger ab; mit 41 : 38 % (bei 21 % Unentschiedenen) sind sie die einzige Gruppe, die mehrheitlich eine militärische Krise für möglich hält:

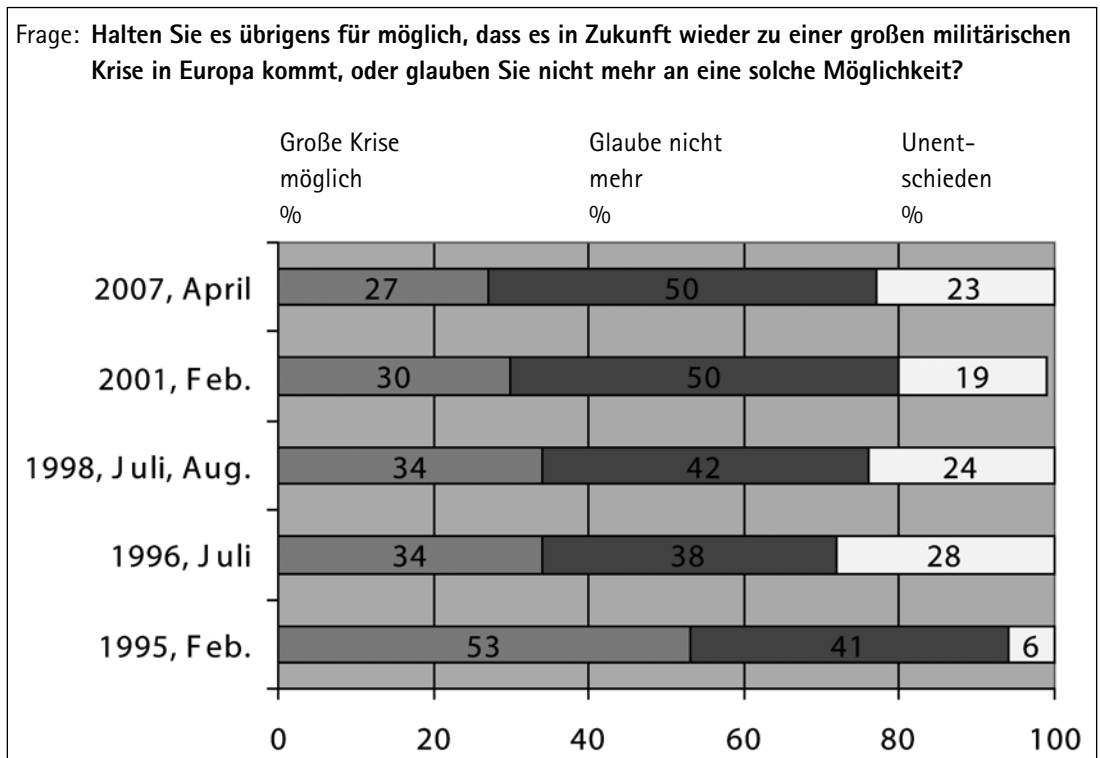
Frage: Halten Sie es übrigens für möglich, dass es in Zukunft wieder zu einer großen militärischen Krise in Europa kommt, oder glauben Sie nicht mehr an eine solche Möglichkeit?

große Krise möglich	27 %
glaube nicht mehr	50 %
unentschieden	23 %

April 2007

Die oben bereits angesprochene Geringschätzung der EU als militärischer Sicherheitsfaktor hängt wohl damit zusammen, dass die Österreicher eine militärische Krise großen Stils grundsätzlich als wenig realistisch einstufen. Lediglich 27 % der Erwachsenen halten eine akute Kriegsgefahr in Europa noch für möglich, jeder zweite schließt sie aus. Somit ist die Furcht vor einer militärischen Bedrohung nur noch halb so verbreitet wie zwölf Jahren.

Ein Vergleich mit den Ergebnissen früherer Umfragen von IMAS-International zeigt die nachfolgend dargestellte Entwicklung:



3. Zuschauen wird bevorzugt

Eine relative Mehrheit der Österreicher meint auch, dass es moralisch vertretbar ist, wenn Österreich bei der Bewältigung von Krisen außerhalb Europas mehr oder weniger tatenlos zusieht.

Frage: Einmal abgesehen von der Frage der eigenen Sicherheit: Finden Sie es ganz allgemein moralisch vertretbar, wenn Österreich bei der Bewältigung von Krisen außerhalb Europas mehr oder weniger tatenlos zuschaut, oder haben wir im Grunde die Pflicht, einen möglichst aktiven Beitrag zur Sicherheit und Stabilität in der Welt zu leisten?

Vertretbar, wenn Österreich zuschaut	37 %
Sollten möglichst aktiven Beitrag zur Sicherheit in der Welt leisten	29 %
unentschieden	31 %

April 2007

Während bei den Männern die Einstellung zu dieser Frage praktisch ausgeglichen ist (34 % für Zuschauen, 33 % für aktiven Beitrag), gibt es bei den Frauen eine klare Mehrheit für das Zuschauen (40 : 25 %). Den höchsten Wert für das Zuschauen aller untersuchten Gruppen haben die Anhänger der Grünen mit 51 % (32 % für aktiven Beitrag, 17 % unentschieden), während ÖVP-Anhänger diesbezüglich eine Mehrheit für einen aktiven Beitrag aufweisen (41 %; 34 % für Zuschauen). Wien hat (mit ebenfalls 41 % für einen aktiven Beitrag und nur 34 % für Zuschauen) als einzige Region eine diesbezügliche Mehrheit.

Dieser Umfragebefund legt die Vermutung nahe, dass die starke Zuwendung zur Neutralität bei den Österreichern eine distanzierte Betrachtung internationaler Vorgänge bewirkt und die Vorstellung suggeriert, mit den krisenhaften Ereignissen in der Welt eigentlich nichts zu tun zu haben. Fest steht, dass die Bevölkerung eine sehr geringe Neigung besitzt, sich an der Bereinigung von Krisen außerhalb Europas zu beteiligen, und bei dieser Haltung auch wenig Skrupel verspürt.

Die einzelnen Fragen zu 1. bis 3:

Frage: **Es wird öfters darüber diskutiert, ob unsere Neutralität angesichts der veränderten Situation in Europa noch sinnvoll ist. Was meinen Sie: Soll Österreich die Neutralität auch nach dem Beitritt zur EU noch beibehalten, oder ist die Neutralität jetzt nicht mehr sinnvoll?**

	Neutralität beibehalten %	nicht mehr sinnvoll %	unent- schieden %
ab 16 Jahre insgesamt	68	17	16
Männer	66	20	14
Frauen	69	14	17
16-29-jährige	63	16	22
30-49-jährige	65	21	14
50 Jahre und älter	72	13	14
Volks-, Hauptschule	59	16	26
weiterf. Schule ohne Matura	75	15	10
Matura, Universität	67	21	12
einfache Arbeiter	64	18	18
Facharbeiter	67	15	18
einfache Angest./Beamte	67	16	18
leitende Angest./Beamte	72	18	10
selbst./freie Berufe*)	64	24	11
Landwirte*)	80	10	10
Land (bis 5000 EW)	70	11	19
kleine/mittlere Stadt	71	18	11
Landeshauptstadt	74	17	9
Wien	54	29	17
Niederöst., Burgenland	70	9	22
Steiermark, Kärnten	84	8	8
Oberösterreich	64	19	17
Salzbg., Tirol, Vorarlberg	64	22	14
SPÖ-Anhänger	71	12	17
ÖVP-Anhänger	69	20	11
FPÖ/BZÖ-Anhänger*)	63	24	13
Anhänger der Grünen*)	71	24	5
unentschieden/unklar	66	16	18

April 2007

*) Richtwerte, da die Zahl der Befragten unter 80 liegt.

Frage: **Halten Sie es übrigens für möglich, dass es in Zukunft wieder zu einer großen militärischen Krise in Europa kommt, oder glauben Sie nicht mehr an eine solche Möglichkeit?**

	große Krise möglich %	glaube nicht mehr %	unent- schieden %
ab 16 J. insgesamt	27	50	23
Männer	26	52	22
Frauen	28	49	24
16-29-jährige	19	55	26
30-49-jährige	25	53	21
50 Jahre und älter	31	45	23
Volks-, Hauptschule.	23	47	29
weiterf. Schule ohne Matura	31	48	21
Matura, Universität	23	59	18
einfache Arbeiter	22	48	30
Facharbeiter	29	49	22
einfache Angest./Beamte	31	48	22
leitende Angest./Beamte	21	59	20
selbst./freie Berufe*)	23	59	18
Landwirte*)	32	44	24
Land (bis 5000 EW)	21	51	28
kleine/mittlere Städte	30	50	19
Landeshauptstadt	33	60	8
Wien	31	45	24
Niederöst., Burgenland	22	45	32
Steiermark, Kärnten	32	54	15
Oberösterreich	26	49	25
Salzbg., Tirol, Vorarlberg	22	61	18
SPÖ-Anhänger	21	53	26
ÖVP-Anhänger	30	54	16
FPÖ/BZÖ-Anhänger*)	41	38	21
Anhänger der Grünen*)	17	74	8
unentschieden/unklar	27	47	26

April 2007

*) Richtwerte, da die Zahl der Befragten unter 80 liegt.

Frage: **Angenommen, es kommt wieder zu einer großen militärischen Krise zwischen den Weltmächten. Was ist da grundsätzlich besser für die Sicherheit Österreichs: Eine Mitgliedschaft in der NATO oder die Neutralität?**

	Mitgliedschaft in der NATO %	Neutralität %	unent- schieden %
ab 16 Jahre insgesamt	11	68	21
Männer	15	68	17
Frauen	8	67	25
16-29-jährige	10	62	28
30-49-jährige	14	67	20
50 Jahre und älter	10	71	19
Volks-, Hauptschule	10	60	30
weiterf. Schule ohne Matura	10	74	16
Matura, Universität	16	66	18
einfache Arbeiter	10	63	26
Facharbeiter	10	69	21
einfache Angest./Beamte	10	67	23
leitende Angest./Beamte	16	72	12
selbst./freie Berufe*)	13	72	15
Landwirte*)	9	64	27
Land (bis 5000 EW)	6	70	24
kleine/mittlere Städte	9	74	18
Landeshauptstadt	13	67	20
Wien	24	56	20
Niederöst., Burgenland	5	76	19
Steiermark, Kärnten	8	76	16
Oberösterreich	4	62	34
Salzbg., Tirol, Vorarlberg	15	66	19
SPÖ-Anhänger	10	65	25
ÖVP-Anhänger	18	68	14
FPÖ/BZÖ-Anhänger*)	21	65	14
Anhänger der Grünen*)	11	68	20
unentschieden/unklar	8	69	23

April 2007

*) Richtwerte, da die Zahl der Befragten unter 80 liegt.

Frage: Einmal abgesehen von der Frage der eigenen Sicherheit: Finden Sie es ganz allgemein moralisch vertretbar, wenn Österreich bei der Bewältigung von Krisen außerhalb Europas mehr oder weniger tatenlos zuschaut, oder haben wir im Grunde die Pflicht, einen möglichst aktiven Beitrag zur Sicherheit und Stabilität in der Welt zu leisten?

	vertretbar, wenn Österreich zuschaut	sollten möglichst aktiven Beitrag zur Sicherheit in der Welt leisten	unent- schieden
	%	%	%
ab 16 Jahre insgesamt	37	29	34
Männer	34	33	32
Frauen	40	25	35
16-29-jährige	36	27	37
30-49-jährige	41	30	29
50 Jahre und älter	35	29	36
Volks-, Hauptschule	34	27	39
weiterf. Schule ohne Matura	41	27	32
Matura, Universität	36	36	29
einfache Arbeiter	37	23	40
Facharbeiter	42	29	29
einfache Angest./Beamte	37	28	35
leitende Angest./Beamte	34	37	28
selbst./freie Beruf*)	33	37	30
Landwirte*)	41	15	43
Land (bis 5000 EW)	33	26	40
kleine/mittlere Städte	48	22	30
Landeshauptstadt	36	35	30
Wien	34	41	26
Niederöst., Burgenland	37	19	44
Steiermark, Kärnten	37	30	33
Oberösterreich	47	23	30
Salzbg., Tirol, Vorarlberg	33	33	34
SPÖ-Anhänger	41	26	33
ÖVP-Anhänger	34	41	26
FPÖ/BZÖ-Anhänger*)	45	32	23
Anhänger der Grünen*)	51	32	17
unentschieden/unklar	34	26	40

April 2007

*) Richtwerte, da die Zahl der Befragten unter 80 liegt.

IV. Wehrpflicht und Sozialdienst

Die im Auftrag des Internationalen Institutes für liberale Politik Wien (IILP) und von IMAS-International durchgeführte Repräsentativbefragung vom April 2007 hat neben der Einstellung der Österreicher zu EU, Neutralität und Fragen der Sicherheitspolitik auch die Meinung der Österreicher zu Wehrpflicht und Sozialdienst erhoben.

Daten basierend auf der Repräsentativbefragung Nummer 4726 vom April 2007, durchgeführt von IMAS-International, Linz, im Auftrag des Internationalen Institutes für Liberale Politik Wien (IILP).

1042 Personen, die in ihrer Zusammensetzung den statistischen Proportionen der österreichischen Bevölkerung ab dem 16. Lebensjahr entsprechen, wurden von 101 Interviewern befragt.

Die Einführung eines Freiwilligenheeres würde die Abschaffung der Wehrpflicht bedeuten. Die Österreicher halten das für eine eher gute Idee.

Frage: **Was halten Sie von der Einführung eines Freiwilligenheeres anstelle des Bundesheeres: Ist das Ihrer Meinung nach eine eher gute oder eher keine gute Idee?**

eher gute Idee	44 %
eher keine gute Idee	35 %
unentschieden	21 %

April 2007

Eine deutliche relative Mehrheit befürwortet die Abschaffung der Wehrpflicht und somit eine ganz neue Form der Streitkräfte statt unseres traditionellen Bundesheeres.

Eine klare Ablehnung des Freiwilligenheeres gibt es nur in der Gruppe der Landwirte (28 % pro, 44 % kontra) und bei den ÖVP-Anhängern (40 % pro, 44 % kontra). Bei FPÖ/BZÖ-Anhängern sind die Präferenzen gleich gewichtet (45 % pro, 46 % kontra), während die SPÖ-Anhänger (45 % pro, 33 % kontra) und die Anhänger der Grünen (60 % pro, 28 % kontra) mit deutlicher Mehrheit für ein Freiwilligenheer sind.

Es gibt auch regionale Unterschiede, wobei Wien am stärksten vom österreichischen Durchschnitt abweicht (56 % pro, 23 % kontra). Auch ein Land-Stadt-Gefälle ist festzustellen: Je größer der Ort/die Stadt, desto größer ist die Zustimmung zu einem Freiwilligenheer.

In allen Altersgruppen überwiegt die Zustimmung, wobei diese mit zunehmendem Alter geringer wird. Schließlich ist die Zustimmung bei Männern (47 % pro, 36 % kontra) höher als bei Frauen (41 % pro, 34 % kontra).

Sehr guten Anklang findet die Idee einer Freiwilligen-Miliz für die Abwehr von Terroranschlägen oder zum Katastrophenschutz. 57 % halten das für eine gute Idee, 23 % für keine gute Idee und 19 % sind unentschieden. Die höchste Zustimmung gibt es dafür mit 70 % bei den FPÖ/BZÖ-Anhängern und mit 69 % bei den Anhängern der Grünen.

Frage: Wie stehen Sie zur Schaffung einer Freiwilligen-Miliz für die Abwehr von Terroranschlägen oder zum Katastrophenschutz: Ist das eine eher gute oder eher keine gute Idee?

eher gute Idee	57 %
eher keine gute Idee	23 %
unentschieden	19 %

April 2007

Man muss bei dieser Frage beachten, dass sie in einen unmittelbaren Zusammenhang mit der vorherigen Frage zu einem Freiwilligenheer gebracht wird. Freilich war der Fantasie freier Lauf gelassen, ob es diese Freiwilligen-Miliz anstatt des Bundesheeres oder zusätzlich zu diesem geben soll. Jedenfalls gab es mit 57 : 23 % (= 2,5 : 1) eine hohe Zustimmung zu den nicht-militärischen Aufgaben einer Miliz. Diese nicht-militärischen Aufgaben wie Katastrophenschutz oder Terrorabwehr wurden in der Regierungspolitik der letzten Jahre als die eigentlichen Aufgaben des Bundesheeres hervorgehoben.

Zur Abrundung dieser Thematik wurde eine Frage gestellt, die die Einstellung zur Ableistung eines Sozialdienstes als Voraussetzung für eine Anstellung beim Staat erhebt.

Frage: Was halten Sie von der Einführung eines einjährigen Sozialdienstes, den jeder junge Mensch vorweisen muss, bevor er eine Anstellung beim Staat bekommt? Betrachten Sie einen solchen Sozialdienst als eine eher gute oder eher keine gute Idee?

eher gute Idee	56 %
eher keine gute Idee	25 %
unentschieden	19 %

April 2007

Bemerkenswert ist, dass Männer wie Frauen im gleichen Ausmaß zustimmen. Alle befragten Gruppen plädieren mehrheitlich für diese Idee. Die Abweichungen vom österreichischen Durchschnitt sind bei den einzelnen Gruppen gering. Ausnahmen sind die hohe Zustimmung der Wiener (64 : 17 %), der Landwirte (69 : 15 %) und der FPÖ/BZÖ-Anhänger (80 : 10 %).

Frage: Was halten Sie von der Einführung eines Freiwilligenheeres anstelle des Bundesheeres:
Ist das Ihrer Meinung nach eine eher gute oder eher keine gute Idee?

	eher gute Idee	eher keine gute Idee	unent- schieden
	%	%	%
ab 16 Jahre insgesamt	44	35	21
Männer	47	36	18
Frauen	41	34	25
16-29-jährige	47	31	22
30-49-jährige	46	35	19
50 Jahre und älter	41	36	23
Volks-, Hauptschule	37	32	31
weiterf. Schule ohne Matura	48	37	15
Matura, Universität	45	34	20
einfache Arbeiter	50	27	23
Facharbeiter	42	36	22
einfache Angest./Beamte	44	36	20
leitende Angest./Beamte	40	38	22
selbst./freie Berufe*)	51	30	19
Landwirte*)	28	44	28
Land (bis 5000 EW)	37	38	24
kleine/mittlere Städte	42	39	19
Landeshauptstadt	51	32	17
Wien	56	23	21
Niederöst., Burgenland	44	29	27
Steiermark, Kärnten	39	44	24
Oberösterreich	39	37	12
Salzbg. Tirol. Vorarlberg	40	42	19
SPÖ-Anhänger	45	33	22
ÖVP-Anhänger	40	44	16
FPÖ/BZÖ-Anhänger*)	45	46	8
Anhänger der Grünen*)	60	28	12
unentschieden/unklar	42	31	26

April 2007

*) Richtwerte, da die Zahl der Befragten unter 80 liegt.

Folgerungen

Die Selbstbezogenheit der Österreicher in Fragen der Sicherheitspolitik hält weiter an. Aus den Befürwortungen der Frage 15 (ob es zu großen militärischen Krisen kommen wird), 30 (wie die Sicherheit Österreichs am besten gewährleistet ist) und insbesondere 31 (ob Österreich bei der Bewältigung von Krisen tatenlos zusehen oder einen aktiven Beitrag leisten soll) ist leicht erkennbar, dass die Probleme der Welt nicht als solche erkannt werden, die auch Österreichs Interesse betreffen oder sich eines Tages auf unsere Sicherheit auswirken können. Konkrete Herausforderungen für Österreich sind unerwünscht. Deshalb darf auch gefolgert werden, dass die Mehrheit für ein Freiwilligenheer weniger auf ein starkes Berufsheer zielt, sondern eher auf die Abschaffung der lästigen Wehrpflicht und letztlich auch darauf, die Idee (militärischer) Streitkräfte auslaufen zu lassen.

*Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe:
Reihe Studien – bisher erschienen*

Klaus Becher:

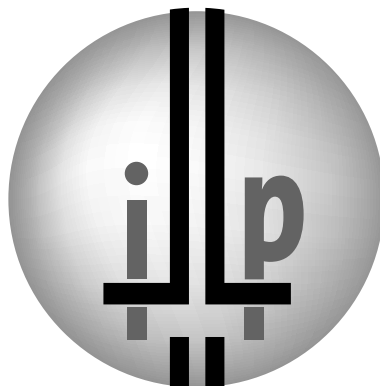
Die USA als Faktor des Konfliktmanagements in Georgien, September 2007

Die in der Reihe Studien der Sozialwissenschaftlichen Schriftenreihe des Internationalen Instituts für liberale Politik Wien unregelmäßig erscheinenden Hefte können gegen eine Schutzgebühr von EUR 5.- beim IILP, 1010 Wien, Fleischmarkt 18/15 bestellt werden.

Das Internationale Institut für liberale Politik Wien (IILP) wurde im Herbst 2005 gegründet und bezweckt die Förderung liberaler Politik, insbesondere in den Bereichen der Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik, internationale Beziehungen, Europapolitik, Außen- und Sicherheitspolitik sowie hinsichtlich aktueller Fragen der österreichischen Politik.

Das IILP versteht sich als bürgerlicher Think-Tank für Österreich. Im Rahmen seines wissenschaftlichen und gesellschaftspolitischen Programms lädt es zu zahlreichen Veranstaltungen. Neben anderen Publikationen gibt es die „Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe“ heraus.

IILP – ZVR Zahl 425665530



Internationales Institut
Liberale Politik Wien